

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Januar 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verläufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 9

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Streiflichter: I und II. — Jahresrückblicke (S. Fortsetzung).
Volkswirtschaft: Volksernährung und Reichstag.
Korrespondenzen: München i. B. — Würzburg.
Landschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Buchdrucker als Stadtverordnete. — Lehrling und Festnagl. — Reichsvereinsgesetz und Gewerkschaften. — Julius Sauppe, der Verbandsvorsitzende der Kupferstecher. — Selbstkostenpreis und Reingewinn. — Lebensmittelsteuerung in der Schweiz. — Russische Kriegsgewinne und ihre Folgen. — Arbeiterschaft und Kriegsindustrie in Italien.

Streiflichter

I.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse nehmen gegenwärtig unsere Sinne und Empfindungen noch stark gefangen. Die erste Kapitulation eines der feindlichen Staaten belebt sogar die schon oft gefäuschten Friedenshoffnungen, denn zum mindesten bekundet sich darin das Unvermögen des großsprecherischen Vierverbandes, seinen kleinen Bundesgenossen zu helfen, so daß Serbien und nun Montenegro ihrem Schicksal überlassen werden mußten, was ein nicht so fernes Verhängnis des gegenseitigen Beifalles auch unter den Hauptmächten in das Bereich des Möglichen rückt.

Sind also die Blicke und Gedanken in erster Linie auf das schreckliche Welt Drama gerichtet, so ist doch insofern eine Änderung eingetreten, als die lange Dauer dieses Kriegs die Aufmerksamkeit gebieterisch wieder mehr den Geheften zuwandte, für die in den ersten Kriegsmonaten Beachtung schwer zu erreichen war. Es ist aber auch nicht zu leugnen, daß selbst an das fürchterliche Geschehen eine Angewöhnung stattgefunden hat. Ein Verhärtung ist zweifellos eingetreten. Sie müßte erschauern lassen, wenn nicht auch dieser Umstand eine von den gegenwärtigen Notwendigkeiten wäre, um sich als deutsches Volk gegen eine Einflut von Feindseligkeit zu behaupten.

So teilt sich denn unser Mitleben und Mitfühlen in gespannte Verfolgung der Ereignisse draußen, an den sich noch vermehrenden und vergrößerten Kampffronten, und schärfere Beobachtung der Vorgänge drinnen. Wir sehen einerseits den Frieden stärker herbei, für welches Gefühl der französische sozialdemokratische Weihnachtskongreß sich noch so unempfindlich gezeigt hat, daß sogar die „Berliner Tagwacht“ als die schärfste Gegnerin der legitimen deutschen sozialdemokratischen Parteiververtretung der französischen ministeriellen Sozialdemokratie ungeschminkt den Standpunkt klar machte; andererseits sind wir gezwungen, unsere Überwindungskraft zu steigern.

Die Ernährungsfrage als Hauptschwierigkeit muß gründliche Änderung erfahren. Die englische Seekriegführung mit weitester Unterbindung der Zufuhr vom Auslande sowie der Widerstand des zähen inneren Feindes, der auf der Profitfrage noch immer dicke Aufstellung hat und weder durch moralische Stämpfung, noch durch strafgerichtliches Vorgehen sich einschüchtern läßt, sind gar hartnäckige Gegner. Die in dieser Woche beendigte letzte Kriegstagung unseres Reichsparlamentes hat darüber wieder Bilder aufgerollt, die den Groll und Zorn abermals steigern müssen. Die wohl begreifliche Anzufriedenheit darf sich jedoch nicht in falscher Richtung entladen und dadurch dem feindlichen Auslande noch einen Ansporn geben, nun erst recht zur Bezwingung Deutschlands alles aufzuwenden.

Die Arbeiterschaft hat mit Rücksicht auf die gefährdete Lage ihres Landes bei der Austragung des bleibenden Interessenstreites mit dem Unternehmertume während des Kriegs auf die Anwendung des Mittels verzichtet, das ihr geleglich gegeben ist. Es wäre doch einfach beschämend, wenn der Lebensmittelproduzenten und -händler ungeleglicher Widerstand gegen wahrhaftig angemessen normierte Verkaufspreise nicht zu brechen wäre. In achtzehn Monaten ist in dieser Beziehung wirklich nicht viel erreicht worden, das muß nun gründlich anders werden. Das Weitere wird an anderer Stelle in dieser Nummer gelag.

Die Reichstagsverhandlungen und sonstige Vorgänge lassen es gewiß angebracht erscheinen, die jetzige Zeit der Jahresberichte im „Korr.“ durch einige Blickaufnahmen vom Kommen und Gehen der Tage etwas abwechslungsreicher zu gestalten.

II.

Zu einem wahren Kriegschauplatz der Daheimgebliebenen ist die deutsche politische Arbeiterbewegung geworden. Obwohl nach der im „Vorwärts“ dieswöchentlich gehaltenen Vorlesung die Gewerkschaften und deren auch so unangenehme Führer eigentlich rein nichts in diese von uns schon in ihren Anfängen bedauerten Zerlesungsströmungen hineinzureden hätten, kann man doch der bescheidenen Ansicht sein, mit einigen der babylonischen Sprachverwirrung und der unausbleiblichen allgemeinen Konfusion ruhig entgegenwirkenden Ausführungen der Arbeiterklasse mehr zu dienen und zu nützen als mit den tagesüblich gewordenen aufgeregten Artikeln und persönlichen Berunglimpungen.

Es ist Tatsache, der weitaus größere Teil der Arbeiterschaft erblickt in der Sozialdemokratie seine politische Vertretung. Die Gewerkschaften sind in allen Fällen, wo sie der parlamentarischen Mittelfürsorge zur Verfolgung ihrer Zwecke bedürfen, auf die sozialdemokratischen Fraktionen im Reichs- oder in den Landtagen angewiesen. Die Sozialdemokratie steht eben in dieser Hinsicht konkurrenzlos da, wenn auch Einzelpersonen in den andern Parteien für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft mitunter mehr als ein gutes Wort erübrigen. Es liegt also klar auf der Hand, welchen bedeutsamen Wert eine große und einheitliche parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse für die Gewerkschaften besitzt. Dieses Interesse würde allein schon Bekundungen der Zustimmung oder des Mißfallens über die Tätigkeit bzw. das öffentliche Verhalten der politischen Sachwalter des Proletariats legitimieren.

Die „Vorwärts“-Artikel nehmen einen andern Standpunkt ein und bestreiten im besondern den Gewerkschaften das Recht, „als solche über die sozialdemokratische Politik mitzusprechen“. Es gäbe zweifellos in den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften Personen, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, „ja ihre Grundsätze und Taktik sogar mißbilligen“. Das ist wohl richtig, aber die Ursache dieses Befestehens von Gewerkschaftlern ist vornehmlich in dem Eigenfinne der Prinzipienreierei zu suchen, wie er im „Vorwärts“ seit der gewaltsamen Neubekundung der Resolution im Oktober 1905 (d. h. dem Einzuge der gegenwärtigen) sich äußert und in Bremen, Göttingen, Leipzig usw. traditionell geübt wird. Die Arbeitermassen der politischen Organisation mehr zugänglich

zu machen, hätte daher namentlich nach Kriegsausbruch zu den eifriger angewendeten Zweckmitteln gehören müssen. Man war damit auch im besten Zuge. Die vielgenannte „Politik des 4. August“, die jetzt wieder von der Generalkommission und den Zentralvorständen ausdrückliche Anerkennung gefunden hat, war auf geeignet, aus den Millionen Mitläufern tatsächliche Anhänger der Sozialdemokratie zu machen. Durch das seit den Dezemberfesten 1915 nunmehr ununterbrochen gehende Trauerspiel größter Uneinigkeit und die sich mehrenden Proben argerniserregender gegenseitiger öffentlicher Bekämpfung sind diese vielversprechenden Ausichten zunichte geworden. Der vor 40 Jahren in Eisenach erfolgten Einigung der miteinander streitenden, auch formell getrennten sozialdemokratischen Richtungen konnte fürwahr kein schlimmeres Gedenken zuteil werden!

Indem der „Vorwärts“ mit der Aufrollung der Kompetenzfrage bzw. deren Zuspitzung die Stimmung in den Gewerkschaften keineswegs günstig zu beeinflussen vermag und mit dem gewohnten Ungeschiech zu Mitteln greift, die bei seiner Richtung in Tagesgebrauch sind, die Auspielung der Massen nämlich, für die er ebenso unbedenklich die Vertretung beansprucht wie er sie bei den Gewerkschaftsführern als fraglich erscheinen läßt, begibt er sich auf ein gefährliches Gebiet. Die Parteitage verkörpern unstreitig die politische Organisation, zu der die gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeiter immerhin einen respektablen Teil stellen, und auf deren Zusammenfassung wohl auch ein stärkerer Druck ausgeübt werden könnte als bisher, wo es vielfach keineswegs so demokratisch herging wie beispielsweise bei der Aufstellung von Vertretern zu Gewerkschaftsgeneralsversammlungen. Letzten Endes jedoch urteilt auch der Wähler große Schar mit, denn die parlamentarische Tätigkeit beansprucht doch wohl die erste Stelle bei politischen Parteien. Die Mehrheit der Wähler ist aber nicht parteipolitisch eingefärbt, kümmert sich daher um Dogmen wenig, sondern entscheidet auf Grund offenkundiger Tatsachen. Das die Macht des Stimmzettels bei der selbstschädigend obstruierenden Minderheit so unerschöpflich wird, steht zwar in einem auffallenden Widerspruch zu der gerade bei dieser Seite sonst typischen Massenverhimmelung, aber derlei Kurzschlüsse genieren ja große Geister nicht. Es gehört wirklich keine Prophetengabe dazu, trotz der allgemeinpolitisch günstigen Konjunktur für die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen gar manche Korrektur durch den Stimmzettel des Mitläuferheeres eintreten zu sehen. Das von dem jetzt so schmerzlich vermischten August Bebel vor Jahren in Magdeburg recht eindringlich gepredigte demokratische Mißtrauen gegen die Führer, das in den Zentren des Radikalismus gegenwärtig fleißig praktiziert wird, natürlich unter völliger Ausschaltung der eignen Führerschaft, könnte durch diese Vorgänge im allgemeinen wie durch das verblüffende Sinüberwechseln, wofür Bernstein einer- und Lensch andererseits die klassischsten Beispiele sind, vielleicht ein nicht so geringes Abriegen tun. Wir haben zwar nie auf diese Bebel'sche Lehre geschworen, aber sie hat eben ihre Anhänger.

„Ein Veto der Gewerkschaften als solche gibt es nicht! Erst recht nicht aber eine Beeinflussung der Parteitage- und Parteibeschlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaftsführern“, lautet bombastisch das Diktum des „Vorwärts“, bei welchem die heim-

lich gedachte Voraussetzung lautet: Richtet euch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Taten! Denn die Dinge liegen in Wirklichkeit so, daß der radikale Flügel und die radikalen Blätter der Partei in jeder für sie unangenehmen Situation dagegen Verwahrung einlegen, „sich von driffter Seite hineinreden zu lassen“, daß es aber bei ihnen aller Brauch ist, in gewerkschaftstaktische Fragen und besondere organisatorische Vorgänge mit aller Kraft und Dreifigkeit hineinzureden! Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften kann darüber vielfältige Belege erbringen, und neben der der Buchbrüder könnte noch eine stattliche Geschrieben werden über die langjährigen starken Eingriffe von parteipolitischen Seite im allgemeinen und sonderlich des radikalen Flügels. Was würde da alles aus den Kammern der Vergangenheit zum Vorschein kommen! Buchstäblich Vergehungen ist geschrieben worden, und wenn unser Verband nicht zu einem Trümmerfeld wurde, ist es wahrlich nicht das Verdienst der Leute, die jetzt andre in die Schranken weisen. Ja, mit Parteitag- und internationalen Kongressbeschlüssen selbst ist den Gewerkschaften schon böse ins Konzept gepuscht worden; es sei nur an die Matzeier und den politischen Massenstreik erinnert. In Mannheim kam es dann zu gewissen Vereinbarungen, damit solchen Grenzüberstreichungen künftig vorgebeugt werden könne. Dagegen wendet sich nun der „Vorwärts“ mit krampfhaften, aber recht inkompetenten Auslegungen; die hier zum Teil schon gestreift wurden.

Wir selbst haben in diesen Tagen wieder ein Pröbchen erhalten von der Entschamtheit derjenigen, die sie dem lieben Nächsten eifrig aufreden. In Nr. 4 des „Korr.“ befand sich an der Spitze ein kleines Artikelchen rein gewerblichen Charakters, dem der „Generalanzeiger für das Herzogtum Gotha“ (13. Januar) eine höchst unzulässige Note ausstellt und das ihm Veranlassung gibt, uns wegen Unterbringung dieser ungemessenen Zeilen an leitender Stelle gewissermaßen das „nationalökonomisch geschulte Denken“ abzuspülen. Die geistige Atmosphäre des früheren „Gothaer Volksblattes“ und jeglichen „Generalanzeigers“ ist uns wegen der großen Spekulation auf den Galerienmarkt nicht weniger bekannt, um uns in die Anhöfen einer Polemik zu stützen. Es sei daher lebhaft bei der Gegenüberstellung des Entschamungsgebotes des „Vorwärts“ und des gleichzeitigen praktischen Beispiels vom Hineinreden durch den „Generalanzeiger“ in Gotha belassen.

Was jetzt mitunter in Verschieben von Argumenten der Gegenseite und im Aufreden eines zu mindest einseitigen Standpunktes geleistet wird, bedeutet eine so geringfügige Bewertung der Leser und stellt eine solche Anmaßung oft nur kleiner, im einzelnen wieder voneinander abweichender Kreise dar, daß auch der Normalverstand sich dagegen auflehnen muß. Eine Glanzleistung war der törichte Schwach, die sozialdemokratische Partei könnte durch die disziplinlosen Extratouren keinen Schaden erleiden, ihre Einbeil und Festigkeit würde vielmehr Stärkung erfahren. Wer die Urteilsfähigkeit organisierter Arbeiter so gering achtet, ist trotz äußerlichen Gesues im Innern ein Verächter der Masse. Auf diese suggestiv mit aller Kraft einzuwirken, wird nachgerade zu einem Mißbrauch. Wer sein tägliches Gedankenbrod allein aus den ganz linksstehenden Organen bezieht, kann sich gar nicht mehr richtig informieren, diemell Objektivität nicht eine Tugend des Radikalismus ist. Auch die andre Seite handelt nicht in jedem Falle vorwurfsfrei. Kollege Scheidemann hat neulich in einem Sublimationsartikel recht beachtenswert ausgeführt, was auch von der Arbeiterpresse für Unheil angerichtet werden kann — in der Arbeiterfrage!

„Wohin die Reise geht“, überschreibt der „Vorwärts“ die hier schon mehrfach angezogenen, sich gegen das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission und den „Volksfreund“ in Karlsruhe wendenden Artikel, auf die nicht weiter mehr eingegangen werden soll als mit der Hervorhebung, daß „der heute grassierende Geist des Umlernens und des Stehanspassens an die bürgerliche Gesellschaft“ nicht die wahre Zielrichtung der Bestrebungen der parteigenösslichen Minderheit sein kann. Otto Rühle, der ungebändigte Zwillingbruder des zügel-

losen Karl Liebknecht, hat kürzlich mit Bekennermut in „Vorwärts“ dargelegt, daß schon seit dem bösen Dresdener Parteitag (1903) der Streit um die Richtung geht und mit der Zeit die Form eines regelrechten Kampfes annahm; der Krieg hätte dann den Sturm entfacht. (Liebknecht hat ihm nachfolgend kurz, aber ähnlich sekundiert.) Völlig richtig ist das ja nicht, denn zunächst begab sich der Sündenfall, daß alles bis auf recht wenige umlernte, um dann unter Gott weiß welchen Vorwänden nach und nach zurückzulernen. Von der Grundfestigkeit erlebte man ganz erbauliche Beispiele, so daß die nunmehr verschiedenen etwas marktschreierisch gerühmte Prinzipientreue förmlich überwältigend wirken muß.

Also der Krieg an sich nicht und seine Begleiterscheinungen auch nicht haben zu der heftigen Krisis in der politischen Arbeiterbewegung geführt. Das sind erst Momente driften und vierten Grades der Bedeutung. Der Tod Bebels ist viel eher ein Umstand, der den Stein ins Rollen brachte. In dieser Richtung haben sich alle Voraussetzungen erfüllt. Die so unüberbrückbar erscheinende Mainlinie ist eben die: Dort Selbstneinachtelungspolitik, Stölerung und dogmatischer Radikalismus, der immer ein dekorativer Nothbehelf der Einflußlosigkeit ist; hier Streben nach Erweiterung des Einflusses der Arbeiterklasse unter Ablegung doktrinärrer Scheuklappen sowie Erfassung und praktische Schulung der breitesten Masse für den Aufstieg der teils evolutionär, durch das Organisationsheer an sich, nicht zuletzt aber durch dessen geschickte Führung, sich vollzieht, teils nach wie vor erkämpft werden muß.

Die Gewerkschaften werden sich in diesem Reize nicht betören lassen, und ihre Mitgliederzahlen können nur den lebhaften Wunsch haben, daß der hoffentlich bald möglich werdende nächste sozialdemokratische Parteitag sich ohne Verkleinerung zu der gleichen Fahrt entschließt und mit der Herrschaft der doktrinärrer Theorie, die im Grunde genommen sozialkonservativ ist, nun endgültig bricht. In diesen Entwicklungsgang kann ein jeder fördernd eingreifen, indem er dem jetzt so betrieblamen geistigen Zerprismus unangenehm bleibt, sich ein eigenes Urteil wahr und erforderlichenfalls in die Wagschale wirft, damit es sich erweist, daß die deutsche Arbeiterklasse eine wirklich denkende Masse darstellt. Abseitige Schreibereien von gewerkschaftlicher Seite können leicht das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen, also empfiehlt sich Zurückhaltung. Die Prediger der neuen (falschen) Minderheitslehre verlangen freilich völlige Entlagen, damit sie um so ungestörter in Verwirrung machen und so auch im gewerkschaftlichen Kampfe die Fische können. Dem müßte und würde allerdings dann ein festerer Riegel vorgeschoben werden; bei den Parteiwirren in Würtemberg haben das die Gewerkschaften ja ohne große Umstände gut fertiggebracht.

Der Krieg mit seinen mehr oder weniger schwerwiegenden Erscheinungen wird auch vorübergehen, wengleich die Dezemberdemonstration der Minderheit von der sozialdemokratischen Minderheit des Reichstages in Frankreich und in England, offiziell wie proletarisch, ein Echo gefunden hat, das Verlängerung des Kriegs bedeutet und — zum Teil wenigstens — erneut auf wirtschaftliche Verdrückung Deutschlands lauft. Eine Wirkung, die sicher nicht beabsichtigt war, auf die es aber gewiß sehr ankommt. Riesengroß werden die kommenden bzw. nach Friedensschluß auf Lösung dringenden Aufgaben sein. Die Arbeiterklasse darf und wird sich dabei nicht ausschalten, muß im besondern die jetzt nur als Schaugericht gehobene preußische Wahlrechtsreform über die Widerstände von konservativer Seite hinweg und endlich in den Landungshafen führen. Wir können dann nicht von vorn anfangen, weil das inzwischen vergrößerte Maß von Einfluß durch unverständliche Rechtsaberei und mangelndes Verantwortungsbewußtsein am grünen Folge wieder entschwinden ist. Wir müssen dann weiterbauen und die Aufwärtsentwicklung schneller fördern können. Ob das möglich sein würde, wenn ein in seiner Größe ungenügendes Parteizentrum, zwei Minderheitsgruppen, eine Doppelfirma Liebknecht & Rühle sowie eine Absonderung Borchardt-Radekscher Objervanz sich als politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse repräsentieren, kann für

denkende Menschen doch wahrlich nur eine leicht zu beantwortende Frage sein.

Unsern Feldgrauen wird ganz sicherlich nicht das Herz vor Freuden schlagen, wenn sie bei ihrer Heimkehr eine solche Bescherung des Kriegs vorfinden. Danach ergeben sich die richtigen Schlüsse von Logik und Konsequenz. Die Gewerkschaften aber sollen ihnen ein ungefrühtes Bild von dem Wirken der Dabelmgelebten bieten, auf daß es um so leichter gelingt, gewisse, durch die lange Dauer des Kriegs vielfach eingetretene Verhältnisse wieder zu befestigen und das Ganze weiter vorwärtszubringen.

□ □ □ Jahresrückblicke □ □ □

II. Berichte der Zentralkommissionen.

Maschinenmeister.

Nachdem die erste Überflutung durch den furchtbaren Krieg überwunden war, sind, wie überall, so auch bei uns, wieder bessere Verhältnisse eingetreten. Mühten wir über unliebsame Verhältnisse im vorletzten Jahre klagen, so kann heute von einer Besserung zum Guten berichtet werden. Das Spartenleben hat sich überall wieder gehoben und wird bald wieder im alten Geleise sein.

Anfang des Jahres 1915 zählten wir 128 Vereine, am Ende desselben 124. Die fehlenden vier Vereine sind durch Einziehungen zum Militär von der Bildfläche verschwunden. Auch einige andre kleine Vereine teilten uns mit, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis der letzte Mann zum Militär eingezogen wäre. Gaben wir so bei den kleineren Vereinen gekümmert, kann bei den größeren und großen Vereinen ein den Verhältnissen entsprechender Mitgliederzuwachs festgestellt werden. Die ununterbrochene Pflege des Technischen führte uns immer wieder neue Mitglieder zu. Die älteren Kollegen, um das schon Vergessene aufzufrischen, und die jüngeren, um zuzulernen. War es auch nur einzelnen Vereinen vergönnt, Fachkurse abzuhalten, so ist doch durch den Verkehr untereinander bei Versammlungen viel erzielt worden durch die Erörterung technischer Fragen. Wohl jeder ist dabei auf seine Rechnung gekommen. Der Zweck der Spartenorganisation wurde auf diese Weise gewahrt, und die neuen Mitglieder dürften treue Anhänger werden.

Die Zielsetzung der Spartengebäude besetzt hat, gelungene Schritte aus dem Felde der untern Kollegen, Mitte, Mittelkürzer werden immer begehrt, um auf den laufenden zu bleiben.

Unsere früheren „Technischen Mitteilungen“ erschienen unter dem neuen Titel „Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“ in einer Auflage von 10000 Exemplaren. Die der Sparte Angehörigen erhalten unser Mitteilungsblatt gratis. Der Abonnentenstand ist durch Ausfall der Bezahler im Auslande verkleinert worden. Unser Broschürenlager, das eine Auswahl technischer Schriften enthält, wurde stark in Anspruch genommen. Vor allen Dingen waren die Broschüren über das Ausschleichen, die Zurichtung von Illustrationen sowie das kleine Merkblatt über Farbmischen sehr begehrt. Beweist, daß viele Kollegen vor neuen Aufgaben in ihrer beruflichen Tätigkeit standen und sich auf diese Weise ihr Wissen bereicherten. Unser Aufforderung, alles zu tun, um schwache Kräfte hochzuhalten, ist also auf fruchtbaren Boden gefallen! Von keiner Seite sind irgendwelche Klagen uns zu Ohren gekommen.

Es ist wohl das erstmal — und unter den Verhältnissen wünschen wir es auch zum letztenmal — vorgekommen, daß wir keine Arbeitslosen hatten und haben, sondern diese mit der Ruhe gesucht werden. Es ist zu wünschen, daß wir später nicht wieder zu sehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Unsere Arbeitsverhältnisse im allgemeinen haben sich nicht groß verändert. Die Löhne sind nicht oder nur wenig gestiegen; Spezialarbeiter haben sich zum Teil bedeutender verbessert. Die von uns wegen Unterbringung unserer Arbeitslosen wie auch aus gesundheitlichen Rücksichten so sehr bekämpften Überstunden haben jetzt eine beträchtliche Höhe erreicht. Mancher Kollege wird wohl die Folgen davon später an seinem Körper verspüren.

Durch den Tarif ist es uns bis jetzt möglich gewesen, Verschlechterungen zu verhüten. Wo aber ein solcher Versuch unternommen wurde, ist dies durch das feste Zutrittverhalten der Kollegen aufgehalten und von den Tarifinspektoren sind Schranken aufgestellt worden, wodurch die Gefahr beseitigt erscheint, daß in unserm Berufe anarchische Verhältnisse einreihen würden. Wir wollen aber nicht veräumen, auch hier darauf hinzuweisen, daß alle Veränderungen tariflicher Natur den Tarifinspektoren zur Genehmigung zu unterbreiten sind, damit dieselben nur für die Dauer des Kriegs Willigkeit haben und wir vor Schaden bewahrt werden.

Volksnahrung und Reichstag.

Die vor kurzem angekündigte Neuregelung der Brot- und Mehlverteilung bedeutet für den größten Teil des deutschen Volkes eine noch stärkere Unterfütterung der empfindlichsten Magenfragen. Wenn die bevorstehende Rückkehr zu der geringeren Lagerhaltung an Brot wie im Frühjahr 1915 bedeutet nicht gleichzeitig auch die Rückkehr zu den damaligen Lebensmittelpreisen. Die letzteren bewegten sich z. B. in den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres nach den bekannten Calwersehen Erhebungen zwischen 29,65 Mk. und 34,41 Mk., während sich die entsprechenden Durchschnittsziffern der letzten Monate zwischen 38 und 41 Mk. bewegten; es kommt also eine Steigerung der Lebensmittelpreise um nahezu 40 Proz. in Frage. Am so schwerer wirkt daher auch die Herabsetzung der täglich auf den Kopf entfallenden Brotmenge. Es muß dafür Ersatz in andern und leider viel zu teuren Lebensmitteln gesucht werden. Die täglichen Sorgen im Arbeiterhaushalt nehmen zu und das „Durchhalten“ wird dementsprechend zu einem immer größeren Opfer, je geringer das Einkommen eines Haushaltes ist. Da dürfte es, wie so manches andre, auch ein Gebot der Stunde sein, wieder einmal nachzusehen, was man im deutschen Reichstag zu dieser Entwicklung der Dinge zu sagen weiß. Nicht als ob wir der Meinung wären, als ob durch parteipolitische Auseinandersetzungen in der parlamentarischen Beurteilung der Wirtschaftspragen diese selbst abgeschwächt oder endgültig gelöst werden könnten. Dazu sind alle wirtschaftlichen Angelegenheiten viel zu sehr praktisch fundiert, als daß sie sich von irgendwelchen Theorien wie am Zeuge stützen ließen. Ihre „bewährte“ Wirtschaftsordnung geht eben ihren Gang und zeltig jetzt im Kriege nur die Früchte, die von ihr im Frieden gefät wurden. Und aus diesen Früchten werden im kommenden Frieden auch wieder nur solche erwachsen, die nach Kultur- und Bodenverhältnissen (im weitesten Sinne der Worte) gebelien können. In dieser Hinsicht können parlamentarische Verhandlungen lediglich ausfähernd wirken und dadurch indirekt dazu beitragen, daß der Gang der Dinge etwas weniger fatalistisch oder vertrauenslos beurteilt wird, sondern auch die eigene Mitverantwortlichkeit jedes Staatsbürgers als ein gewisses Etwas bewirkt wird, das in die Waagschale geworfen werden muß, wenn die wichtigsten Wirtschaftsprobleme zukünftig eine bessere Lösung als bisher finden sollen.

So hat denn auch wieder einmal der Wallstoffbau in Berlin seine Debatte über die Ernährungsfragen gehabt, und zwar in den Tagen des 11. bis 14. Januar d. J. Es war das alte Lieb, das leider immer und immer wieder von den politischen Vertretern der Arbeiterschaft angegriffen werden mußte, als der Reichstag die Kommission für den Reichshaushalt über Ernährungsfragen zur Beratung hat. Robert Schmidt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, hatte in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter die Aufgabe zu erfüllen, die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Volksnahrung während des Krieges vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus zu beleuchten. In geschickter Weise verstand er es (leider vor ziemlich leeren Bänken des Saales), alles das zusammenzufassen und zum Ausdruck zu bringen, was im Interesse der deutschen Arbeiterschaft zu den Ernährungsfragen gesagt werden mußte. Es klang den Herren, die für diese Erscheinungen verantwortlich sind, gerade nicht angenehm in den Ohren, was dieser Redner ihnen zu sagen hatte. Aber die Hauptsache ist doch, daß es froh Jenur usw. noch eine Stelle im Deutschen Reich gibt, wo die Dinge beim rechten Namen genannt werden können. Und da erfreulichweise sich auch anderwärts die Stimmen regen, die für eine offenere Erörterung der Wirtschaftspragen eintreten, so glauben auch wir nur dem Zuge der Zeit zu folgen, wenn wir der Sache die Schelle umbängen, die sie schon längst verdient hat. Und wenn daher auch eine große Zahl der Reichstagsabgeordneten es leider ihrer Würde und ihrer Veranschaulichung der Nahrungsfragen des deutschen Volkes für angemessen hielt, während der parlamentarischen Anlässe gegen die Lebensmittelverteilung im deutschen Reichstage durch Abwesenheit, durch konsequente Interesslosigkeit oder gar durch Mißgunst zu glänzen, so kann bei ihnen entweder nur eigenes böses Gewissen oder bessere materielle Ausstattung von Haus aus, als stärkere Fragkraft für die Parole des „Durchhaltens“ in Frage kommen. Damit ist aber der großen Mehrzahl des Volkes nicht gedient; im Gegenteil werden dadurch deren Interessen ganz unverantwortlich vernachlässigt. Am so höher ist es daher zu bewerten, daß es noch Männer im Reichstage gibt, die sich dieser Wichtigkeit entgegenkommen und Regierung wie Volksvertretung an ihre Pflichten erinnern.

Daß die Regierung in mancher Hinsicht bemüht war, Abhilfe zu schaffen, konnte der Abgeordnete Schmidt mit vollem Rechte hervorheben. Ebenso sprach er aber auch nur die Wahrheit aus, wenn er betonte, daß dies in den meisten Fällen nicht mit der nötigen Emsigkeit geschehen ist. Alle Verordnungen kamen meist viel zu spät, was zur Folge hatte, daß die Preise in eine unerträgliche Höhe kamen; wodurch sowohl die Konsumenten wie auch der reelle Handel ganz außerordentlich geschädigt wurden. Scharf und treffend bekämpfte der Redner den neuen Schläger der Saison, wonach die Produzenten so hohe Preise bekommen müßten, daß sie nicht das Interesse an der Produktion verlieren, insbesondere in der Landwirtschaft. Unter voller Anerkennung des auch von der Arbeiterschaft vertretenen Grundgedanges, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, gestellte er die Preissteigerungen bis zu

300 Proz. für die meisten landwirtschaftlichen Produkte. Solchen „Anreizen“ zur Produktion muß mit Naturnotwendigkeit eine große Erbitterung der breitesten Volksschichten folgen. Mit Recht fragte Robert Schmidt: Was nützt es denn der Masse, wenn hinter prächtigen Fensterscheiben alle möglichen Nahrungsmittel ausgefäßt sind, wenn die Preise so hoch sind, daß die Massen dabei als Konsumenten ausgeschaltet werden? Die Schuldfrage an solchen Zuständen lagte der Redner nach den Berichten der uns vorliegenden Tagespresse über die Verhandlungen des Reichstags am 11. Januar d. J. in folgender Weise zusammen: „... Wir meinen, sowohl die Produzenten wie der Handel haben ihr vollgeriffelt Maß der Schuld an den Vorgängen. Wie groß die Abneigung gegen die Regulierung der Preise in Produzentenkreisen ist, hat vor kurzem wieder die Stellungnahme des Deutschen Landwirtschaftsrates gegen die Höchstpreise für Schweine bewiesen, während es doch Tatsache ist, daß der freie Wettbewerb auf diesem Gebiete so hohe Preise gebracht hatte, daß die Zustände unerblicklich wurden. Es ist ein Gefühl des Echels, das einen beschleicht, wenn man sieht, eine wie große Zahl von Wucherprozessen der Öffentlichkeit bekannt wird. Wir sind, wie gesagt, nicht überhaupt gegen höhere Preise, aber wir verlangen, daß ihre Berechtigung im einzelnen geprüft wird. So behauptet der Bund der Landwirte und die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Löhne der Landarbeiter erheblich gestiegen sind. Dem Bunde der Landwirte wäre es ein leichtes gewesen, uns Material dafür zugänglich zu machen; er hat es nicht getan. Wir aber haben eine Umfrage veranstaltet und haben dabei zum Beispiel festgestellt, daß auf einer Reihe von Gütern in der Provinz Brandenburg die alten Löhne für die Arbeiter ohne erhebliche Änderungen fortbestehen wie vor dem Kriege. Auf einigen Gütern sind 20 Pf. pro Tag Lohnzulage gewährt worden. In der Provinz Sachsen sind von 15 großen Gütern auf 13 kleine Zulagen gewährt, in Schleswig-Holstein von 30 Gütern auf 10, und so geht es fort, überall nur ganz unbedeutende Zulagen auf einzelnen Gütern. Sie glauben gar nicht, was bei den Landarbeitern für eine Erbitterung herrscht. Leiden doch diese Kreise unter den hohen Preisen für alle notwendigen Gebrauchsartikel fast ebenso wie die städtische Bevölkerung. Und die Abfindung der Naturalleistungen, die infolge der Organisation der Getreideverorgung erfolgen mußte, ist vielfach auf großen Gütern derart erfolgt, daß sie weniger Geld erbielten, als ihre Naturalleistung gegenwärtig wert war. Niemand ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Grundbesitzern so kraß in die Erscheinung getreten wie gegenwärtig. Besonders hohe Gewinne haben die großen Unternehmungen erzielt, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. So hat die Aktiengesellschaft für Verwertung von Kartoffelfabrikaten unter Erhöhung ihrer Abschreibungen im letzten Jahre von 103.000 Mk. auf 389.000 Mk., unter Zurückstellung eines besonderen Abschreibungsplans von 100.000 Mk. einen Reingewinn von 632.000 Mk. gegen 420.000 Mk. im Vorjahr erzielt. Die ostfälische Spiritfabrik hat ihre Dividende von 12 auf 18 Proz. erhöht. Geradezu aufreizend für die Bevölkerung sind die hohen Gewinne der Zuckerfabriken. Da gibt es Fabriken, die ihre Dividende von 6 auf 18 Proz., von 8 auf 20 Proz., von 15 auf 30 Proz., von 24 auf 40 Proz. erhöht haben. In diesen Riesengewinnen ist nur die Höchstpreispolitik schuld. Sind doch die Zuckerpreise von 9,50 auf 12 Mk. erhöht. Wenn jetzt die Zuckerinteressenten verlangen, daß der Preis für Rohzucker gar von 12 auf 15 Mk. erhöht werden soll, so ist das eine Unverschämtheit. Im Handel geht es nicht viel besser. Sehr betrübend ist, daß wir auch mit den Kartoffeln in Schwierigkeiten gekommen sind. Von 52 bis 54 Millionen Tonnen sind höchstens 6 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung bereitgestellt und selbst dieses Quantum ist bis heute nicht uneingeschränkt zur Verfügung gestellt worden. Sie werden eben in den Kreisen der Interessenten zurückgehalten, weil man auf noch höhere Preise hofft. Bei dieser ganzen Organisation haben unsere Verwaltung und unsere ersten verantwortlichen Stellen versagt. Die Bundesratsverordnung hat die Zwangsabgabe nur auf dem Papier. Die preußische Verwaltung hätte die Aufgabe gehabt, für die strenge Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen und die Landräte dafür verantwortlich zu machen, daß die Kartoffelvorräte in ihren Bezirken richtig verteilt werden. Einige Landräte haben sich gewiß Mühe gegeben; aber der Landrat von Mors hat feststellen müssen, daß in seinen Kreisen Kartoffeln zurückgehalten werden; ebenso mußten in einem Borort von Malin Kartoffeln von außen eingeführt werden, obwohl 3000 Zentner an Orte vorhanden waren, die eben zurückgehalten wurden. Und wie sieht es mit der Fleischverorgung aus? Wichtig hat die Regierung zugehört, daß die Schweinepreise bis über 300 Proz. über den normalen Preis hinausgingen, ehe sie eingriff, trotzdem wir himmelhoch gebeten haben, die Zurückhaltung fallen zu lassen. Sehr sind die Preise noch um 100 Proz. höher als zu normalen Zeiten, aber sie sind doch beträchtlich herabgesetzt worden, und nun sehen wir, daß der Auftrieb auf den Märkten ganz außerordentlich gering ist, trotzdem eine genügende Zahl von Schlachttieren vorhanden ist. Auch die städtische Verwaltung verlangt hier; sie müßte mit den Produzenten direkt in Verbindung kommen und den Viehhandel ausschalten. Für den Viehhandel ist charakteristisch ein Urteil in Leipzig gegen einen Händler, der wegen übermäßigen Gewinnes zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt ist, wobei das Gericht sagte, daß sämtliche Händler sich in ähnlicher Weise strafbar gemacht haben. Man darf auch nicht ruhig zusehen, daß die Schweine in die Konzernefabriken wandern; eine Fleischkonzernefabrik mit 1 Million Mark hat über 1 Million Bruttoertrag und 30 Proz. Dividende verteilt. Das zeigt, was während des Krieges in dieser unsoliden

Weise verdient und eingesäckt wird. Können Sie sich wundern, wenn die Bevölkerung die Geduld verliert und aufgeregt wird, wo solche Gewinne gegenüberstellen den ärmlichen paar Groschen der Kriegserkauten, die jeden Pfennig umdrehen müssen? Bei dem Mangel an Schweinen ist auch der Preis für Rindvieh bedenklich gestiegen, und durch den großen Auftrieb von Rindvieh kommt unsere Milchproduktion in Gefahr. Auch hier müßte eine Beschlagnahme unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Viehhalter eintreten, um die Fleischverorgung sicherzustellen. Es muß eine Einschränkung auch für den Reichen eintreten, denen auch zum Bewußtsein gebracht werden muß, daß sie sich in Kriegzeiten im Interesse der Gesamtheit einzuschränken haben. Auf die Notwendigkeit der Butterkarte ist schon wiederholt in der Presse hingewiesen worden. Während die ärmere Bevölkerung sich zu Hunderten vor den Läden drängt, wird in Berlin W die Butter in Postpaketen aus den Meiereien bezogen. Immer wieder sieht man, wer den Gelbbeutel hat, kann auch die Unbequemlichkeiten abwägen, die der Mangel an dem notwendigen Bedarfe mit sich bringt. Schon längst hätte der Bezug von einzelnen Postpaketen aus den Meiereien verboten sein müssen. Bei den Futtermitteln sind die Höchstpreise viel zu hoch festgelegt. Auch hier sehen wir eine unberechtigte Rücksichtnahme auf den Landwirt. An Futtermitteln hatten wir in diesem Jahr eine glänzende Ernte, die städtischen Molkeereien müssen aber 1,50 Mk. für den Zentner bezahlen, gegen früher 60 Pf. Am schwersten leiden unter dem Futtermangel die Industriearbeiter auf dem Lande, die selbst etwas Vieh haben. Auch die Interessenten der kleinen Gewerbetreibenden sind von der Regierung bei dem Rohstoffbezug nicht genügend gewahrt worden; die Preise der Rohstoffe gehen weit über das notwendige Maß hinaus. Hunderttausende kleiner Existenzen sind zugrunde gegangen. Aber wir sehen auch Laufende aufsteigen, sich aus dem Sumpf emporschieben durch wunderliche Geschäftspraktiken. Wenn nach dem Kriege die sozialpolitischen und die Lohnfragen mit diesen Spekulant und Wucherern geregelt werden sollen, so werden wir eine Gesellschaft am Werke sehen, mit der viel schwerer auszukommen sein wird als sonst. Denn gerade diese Leute haben vor den berechtigten Ansprüchen anderer keine Achtung. Angeberlich sind die Preisfestigerungen für Leder und damit auch der Verdienst der Lederfabriken. Eine Fabrik z. B., die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark arbeitet, hatte einen Bruttoertrag von 40 Millionen aufzuweisen. Darin liegt die schärfste Verurteilung unserer Höchstpreispolitik und auch eine scharfe Verurteilung der Interessenten, die in dieser maßlosen Weise Ansprüche an die Militärverwaltung stellen, die auch sicherlich von ihnen falsch informiert worden ist. Man weiß auf das Ausland hin, wo die Preise noch höher seien. Wir haben aber zu prüfen, ob die Höhe der Preise bei uns berechtigt ist und können uns wohl damit trösten, daß es dem Auslande nicht schlechter geht. England glaubt uns aushungern zu können und muß jetzt wahrnehmen, daß die hohen Frachten für Lebensmittel seine Preise hochtreiben, während wir uns auf Inlandproduktion stützen. Das beruhigt uns aber nicht, sondern wir wollen das Gesicht in der Organisation zum Ausdruck bringen auch bei der Preisregulierung. Mehrfach haben die Militärbehörden eingegriffen, wo es eigentlich Sache des Reichsamts des Innern wäre. Das Reichsamt des Innern muß sich deshalb klar werden über seine wichtige Aufgabe in dieser ersten Zeit, und es sollte keinen Augenblick zögern, sondern jede Gelegenheit ergreifen, um Ordnung in unsere Produktion und Konsumtion hineinzubringen. Allerdings geht dazu ein festes Durchgreifen, und das Reichsamt des Innern sollte die nötige Energie von selbst aufbringen. In der Brofrage ist man mit der Regulierung schnell vorgegangen, ohne alles vorher zu übersehen, und es ist gut gegangen. Es würde uns zum Vorteil gereichen, wenn das Reichsamt des Innern hier etwas wagen und nicht immer nur erwägen würde. Wir können nur wiederholen: Die Lebensmittelverorgung ist ein Teil unserer Kriegsführung, sorgen wir dafür, daß der Wucher uns nicht in eine Situation drängt, die für uns alle schlimm zu ertragen wäre!

Gegenüber diesen nur zu berechtigten Anklagen hatte der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Delbrück, einen schweren Stand. Er stellte zur Entschuldigug für manche Mißgriffe, die er anerkennt, erwerweise gar nicht bestritt, die Schwierigkeiten und fortgesetzten Veränderungen der Marktverhältnisse in den Vordergrund. Die größten Hoffnungen legt er auf die inzwischen erfolgte Organisation der Preisprüfungsstellen. Im allgemeinen zeigte er sich jedoch als Gegner schärferer Zwangsengriffe, weil er sich davon mehr Schaden als Nutzen verspricht; womit er eine Übermacht wirtschaftlicher Faktoren gegenüber der Staatsmacht einräumte, wie sie von uns schon oft an dieser Stelle beklagt wurde. Nach ihm stimmte der Abgeordnete Mahinger ein Robst auf die deutsche Zollpolitik an, die es der Landwirtschaft erst ermöglicht habe, ihre Schuldigkeit zu tun. Daß gerade unter der Ära der deutschen Zollpolitik die landwirtschaftlich bebauten Fläche in Deutschland von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, scheint demnach dieser Zentrumsvertreter gar nicht zu wissen. Es betrug nämlich im Jahre 1878 die landwirtschaftlich benutzte Fläche Deutschlands noch 36726015 ha, im Jahre 1913 aber nur noch 34813800 ha. Im Jahre 1878 kam auf je einem Einwohner in Deutschland 0,83 ha landwirtschaftlich bebauter Bodenfläche, im Jahre 1913 aber nur noch 0,52 ha; das bedeutet seit 1878 eine jährliche Abnahme von 0,885 a auf den Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1879 begann die deutsche Zolltarifpolitik nach dem Herzen der Schuldner. Und sie hat es in 34 Jahren glücklicherweise soweit gebracht, daß die landwirtschaftlich bebauten Fläche in

Deutschland um beinahe 2 Millionen Hektar oder rund 5 Proz. zurückging, während die Kopfzahl der Bevölkerung in der gleichen Zeit von 45 Millionen auf 65 Millionen oder um 44 Proz. gestiegen ist. Der Segen der deutschen Schutzpolitik beruht demnach für die Landwirtschaft eben darin, daß sie dank der höheren Preise mit weniger Landfläche auf ihre Kosten kam. Jetzt im Kriege aber fehlten die 2 Millionen Hektar landwirtschaftlich bebauter Fläche. Und zweifellos wären die Erntemengen noch größer gewesen, wenn mit der gleichen Intensität der neuzeitlichen Ackerbaukunde 36 Millionen Hektar statt nur 34 Millionen bebaut worden wären. Landwirtschaftliche Interessen und Volksernährung sind aber zwei Paar Stiefel. Die ersteren blühen und gedeihen, wenn durch hohe Preise die letztere belafet werden kann. Daran ändern alle Vobreden auf die deutsche Schutzpolitik und die Landwirtschaft nicht das geringste. Der Krieg hat in dieser Hinsicht aber bewiesen, daß es für ein großes Volk sehr gefährlich ist, wenn seine Ernährung in Friedenszeiten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor sich gehen muß, die eine Zurückhaltung der Leistungen in der Landwirtschaft begünstigen. Die bisherige deutsche Schutzpolitik hat die Preise der agrarischen Produkte auf Kosten der großen Volksmasse begünstigt durch eine dementsprechende Zollpolitische Fernhaltung oder Erschwerung der ausländischen Konkurrenz. Dadurch stiegen dann auch die Bodenpreise, was eine weitere Begünstigung der Landwirtschaft insofern bedeutete, als die Anbaufläche zurückging und die Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten dadurch verringert wurde. Das ist die Rückseite des Segens der Zollpolitik vor dem Kriege. Sie wurde leider bei den diesmaligen Verhandlungen im Reichstag gar nicht richtig gewürdigt. Im Gegenteil, es wurden der deutschen Landwirtschaft von manchem Redner Lorbeerkränze gewunden, die sie gar nicht verdient hat.

Eine erfreuliche Ausnahme bildeten am zweiten Tage der Debatte über die Ernährungsfragen noch die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Mendorf. Er glaubte zwar die offenen Darlegungen des Abgeordneten Robert Schmidt teilweise abschwächen zu müssen, konnte aber doch im weiteren Verlauf seiner Rede nicht vermeiden, daß er vieles wiederholte, was dieser, wenn auch in anderer Form, am Tage vorher schon gesagt hatte. Seine Kritik an verschiedenen Regierungsmaßnahmen und seine Anklagen gegen das Verhalten vieler Landwirte waren ebenso scharf wie berechtigt. Der Redner gibt selbst als landwirtschaftlicher Sachmann. Um so schwerer wiegen daher seine Ausführungen über die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Er stellte fest, daß der Geldwert der Ernte an Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Kartoffeln im letzten Friedensjahr nahezu 7 Milliarden Mark betrug, der Geldwert für die gleichen Feldfrüchte unter den Höchstpreisen der Kriegszeit jedoch um 1 1/2 Milliarden oder um über 20 Proz. höher geworden ist. Der ihm folgende konservative Redner Roelcke konnte diesen Anklagen gegenüber nur mit allgemeinen Redensarten und hinkenden Vergleichen mit den Verhältnissen im Ausland antworten; wobei er aber ganz überließ, daß im Ausland weniger die in Frage kommenden Landwirte als vielmehr die durch die Kriegslage bedingte Veräußerung der Grundbesitzer ausschlaggebend ist, was in Deutschland gerade durch die vorzüglichen Dienste der Staatseisenbahnen viel weniger in Betracht kommt. Im weiteren Verlaufe der Debatte begründete sodann der Präsident der Reichsgreifeinstelle, Unterstaatssekretär Michaelis, die von uns an anderer Stelle schon bekannthegebe Herabsetzung der Brotkartennation auf den Stand vom vorigen Frühjahr. Für die Aufassung dieses Herrn charakteristisch ist, daß er Anstoß daran nahm, daß für Dienstboten und Gymnasialisten Brotzuschläge ausgegeben worden sind. Die Hauptsache für ihn ist, daß infolge der Maßnahmen der Reichsgreifeinstelle von den vorhandenen Vorräten noch eine Reserve in das neue Erntefahr hinübergewonnen werden kann, was aber nur bei größerer Sparsamkeit möglich sein wird.

Am dritten Verhandlungstage über die Ernährungsfragen kam noch ein Vertreter der Sozialdemokratie zum Wort, und zwar der Abgeordnete Simon. In scharfer Weise geisterte dieser den zutage tretenden Wucher. Mit Recht bezeichnete er es als aufreizend, wenn man hören muß, daß genug Lebensmittel vorhanden sind, die Bevölkerung sie aber wegen der vorhandenen Wuchererenden doch nicht erhalten kann. Er kritisierte die schwankende Haltung der Regierung und sagte, das Volk erwarte, daß man sich nicht nur über die Ausbesserungspläne der Ausländer entließ, sondern daß man auch rücksichtslos den wucherischen Elementen, die das Volk ausbeuten, zu Leibe gehe. Der Zentrumsabgeordnete Marx rügte gleichfalls das zaghafte und viel zu späte Eingreifen der Regierung. Auch dieser Redner konstatierte den großen Widerspruch zwischen der Tatsache, daß nach den Erntegergebnissen genügend Lebensmittel vorhanden sein müssen, diese aber doch nur zu immer höheren Preisen erhältlich sind. So ging die Debatte noch lange hin und her und fand, ohne wesentliche neue Momente zu bringen, am 14. Januar ihren Abschluß mit der Annahme von insgesamt 44 Resolutionen, die in der Hauptsache den Zweck verfolgen, der Regierung bessere Wege zu zeigen, auf denen die vorhandenen Mittelände befestigt werden könnten.

Im allgemeinen wäre zu sagen, daß das Gesamtergebnis nicht besonders erfreulich ist. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die übergroße Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten den Ernährungsfragen nicht die Bedeutung beilegt, wie es nach den Verhältnissen der großen Volksmehrheit erforderlich wäre. Der sogenannte Burgfrieden wird auf diesem Gebiete zu einem Deckmantel für Errechnungen und Verhältnisse, die weniger auf ausländische Ursachen als vielmehr auf vaterlandfeindliche Gewinnsucht im Innern des Landes zurückzuführen sind. Wir betrachten es als ein Glück Vereidigung des Vaterlandes, wenn politische Gemeinschaftsarbeit und nicht egoistische

Interessenpolitik gefördert wird. Und wir stimmen daher mit der „Frankfurter Zeitung“ vollständig überein, wenn sie schreibt, daß nicht die Kritik an einseitigen oder verkappten Maßnahmen der Regierung oder an den ihnen zugrunde liegenden Anschauungen ein Bruch des Burgfriedens bedeuten, sondern diese verfehlten Maßnahmen selbst brechen den Frieden. Die Schlüsse, die das feindliche Ausland aus solcher Kritik zieht und ziehen kann, dürften uns nur dann gefährlich werden, wenn wirklich keine Möglichkeit mehr bestände, die zutage tretenden Mängel in der Organisation der Volksernährung zu beseitigen. Aus diesem Grunde betrachten wir auch das, was der Reichstag als Resultat seiner vierkägigen Verhandlungen über die Ernährungsfragen der Regierung zur Befestigung der unbestreitbaren Mängel als das Mindeste, was verlangt werden muß. In der Hauptsache handelt es sich um eine straffere Organisation der Lebensmittelherzeugung und der Lebensmittelverteilung bei entsprechender Berücksichtigung der schwächeren Schichten sowie um eine tatkräftige Bekämpfung des Kriegswuchers, und zwar nach den Grundsätzen, wie sie erst kürzlich in einer Urteilsbegründung der Strafkammer von M. Glöckner in folgender Weise zum Ausdruck kam: „Der Kriegswucher ist ein gemeines, von niedriger Gesinnung zeugendes Vergehen besonders schwerer Art. Wer sich an ihm beteiligt, begeht Verrat an seinem eigenen Volk und Vaterlande. Durch unzulässige Verteuerung der zum Lebensunterhalte nötigen Gegenstände wird die körperliche und namentlich auch die geistige Kraft unseres Volkes geschwächt. Das Durchhalten in dem schwersten Kampfe, den je ein Volk zu kämpfen hatte, wird durch die Lebensmittelwucherer gefährdet. Mut und Kampfesfreudigkeit unserer draußen im Felde stehenden Truppen können durch die von den Nahrungsmittelwuchern heraufbeschworene Sorge um Weib und Kind in der Heimat untergraben werden. Der Lebensmittelwucher unterwühlt die Grundlagen des Staates, er kann die Ordnung im Innern ins Wanken bringen. Der Lebensmittelwucher gefährdet die Gesundheit der heranwachsenden Jugend, auf der unsere Zukunft beruht. Wer sich am Lebensmittelwucher beteiligt, ist eine Art Landesverräter, der als innerer Feind aus niedriger Gewinnsucht seinem Volk in den Rücken fällt und das, was unsre Krieger draußen geschaffen und erungen haben, aufs Spiel setzt.“ Was hier ein deutsches Gericht zum Ausdruck brachte, klang auch aus den Reichstagsverhandlungen vom 11. bis 14. Januar mehrfach hervor. Möge sich daher die deutsche Reichsregierung danach richten — nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat. Dann werden erst die wichtigsten Voraussetzungen des „Durchhaltens“ und eines baldigen ehrenvollen Friedens geschaffen sein und auch dementsprechend ihre Früchte zeitigen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Münster. (Halbjahrsbericht.) In der Berichtszeit fanden vier Versammlungen statt, deren Besuch zu wünschen übrig ließ. Wollten die dabeigeblichen Mitglieder sich der Opfer und Entbehrungen erinnern, welche unsre Feldgrauen auch für sie bringen müssen, dürfte ihnen die gewerkschaftliche Pflichterfüllung, wozu ein regelmäßiger Versammlungsbesuch gehört, nicht schwer fallen und in Zukunft hierin eine Besserung eintreten. In der Juliversammlung kam zuerst ein Zirkular des Gauvorstandes zur Besprechung. Von einer weiteren Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags wurde abgesehen, um den Mitgliedern die Ermäßigung des Verbandsbeitrags ganz zugute kommen zu lassen. Eine lebhaft ausgeführte die Teuerungsverhältnisse und die Erlangung von Teuerungszulagen. Das Vorgehen der einzelnen Personale hat inzwischen bei den hiesigen Prinzipalen zum großen Teil Berücksichtigung gefunden, indem Zulagen bis zu 2 Mk. wöchentlich oder solche in Form einer einmaligen Zuwendung gewährt wurden. Des 50jährigen Stiftungsfestes, dessen offizielle Feier bis in die Friedenszeit verschoben wurde, gedachte der Vorsitzende in einer hierauf bezüglichen Ansprache. — In der Septemberversammlung erstattete Vorsitzender Meister in ausführlicher Weise Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz, der von der Versammlung mit Zustimmung und Dank entgegengenommen wurde. — In der Novemberversammlung fand der vom Kollegen Weckesser gegebene Kassenbericht, der einen Kassenbestand von 460 Mk. ergab, Genehmigung. Die in früheren Jahren gewährten Weihnachtsunterstützungen mußten für dieses Jahr eine Einschränkung erfahren, wie auch von der Verlesung von Liebesgabenpaketen Abstand genommen wurde, weil unsre Kasse durch die den Familien der einberufenen Mitglieder seit Kriegsausbruch gewährten Unterhaltungen immer mehr in Anspruch genommen wird. Das 25jährige Verbandsjubiläum des Kollegen S. Toppeide beging die Versammlung in schlichter, herzlicher Weise. Es wurde dem Sublar mit den Glückwünschen das übliche Geschenk gewidmet. — Die für Dezember in Aussicht genommene Versammlung mußte bis zum 8. Januar verschoben werden und erfreute sich eines guten Besuchs. Auch eine Anzahl Kollegen in Uniform war erschienen. Eine Listenzählung für freiwillige Extraksteuer und Unterstützungsregelung bildeten den Hauptberührungspunkt. Es wurde beschlossen, die monatliche Familienunterstützung vom Januar ab um 50 Pf. zu kürzen und die freiwillig gezehneten Beiträge bis zur nächsten Versammlung weiser zu erheben. Das Andenken der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen A. Ruzicka, C. Zehnplennig (Münster) und Benner (Arlene) wurde in den Versammlungen in üblicher Weise geehrt.

Würzburg. Die Mitgliederversammlung vom 8. Januar war wider Erwarten nur mittelmäßig besucht,

auch fehlten die von der Firma Stürck Reklamieren zum großen Teil. Ein erkrankter Feldgrauer Kollege wurde begrüßt und das Andenken des im Wesen gefallenen Kollegen Kaspar Schmitt geehrt. Der freiwillige Familienzuschuß an die Kriegsertrauten wurde auf Empfehlung des Vorstandes wie im verfloffenen Vierteljahre beibehalten. Hierauf gab Arbeitersekretär Kollege Jakob Schäfer den Kartellbericht, soweit er nicht schon jeweils durch Quartalsberichte gegeben war. Dieser enthielt zum Teil statistisches Material und ließ erkennen, daß es bis jetzt gelungen ist, das vor dem Krieg aufgebaute durchzuhalten, um nach dem Krieg als Grundlage zur Weiterentwicklung zu dienen. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß keine der dem Kartell angeschlossenen Institutionen aufgelöst wurde, obwohl die Kassen sehr geschwächt wurden und die Gesamtmitglieder von 4000 am 1. August 1914 auf etwa 1800 am 1. Januar 1916 zurückgegangen sind. Dem Referenten wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen, der hier wiederholt werden soll. Unter „Schriftlichem“ mußten einige krasse Verträge gegen den Tarif erörtert werden, wobei die Versammlung mit der kundsgegebenen Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden Baier übereinstimmte. Mit Recht wurde betont, daß es Aufgabe der Mitglieder ist, den Vorstand in der Überwachung der tariflichen Zustände weitgehend zu unterstützen, und besonders bei Unterbringung von Kriegsverpflichteten ein wachames Auge zu bewahren, um die Gehilfenschaft vor Schäden zu bewahren. Beim letzten Tagesordnungspunkte „Berichtedes“ gab das Verlesen des Gauzirkulars dazu Veranlassung, gegen das eventuelle Unterbleiben eines Gauaufmarsches für 1916 Einspruch zu erheben; ganz abgesehen davon, daß die Verlesung den Wunsch bekundete, auf dem Gauaufmarsch Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache mit dem Gauvorstande zu finden. Ferner fand das Kapitel Reklamationen und Arbeitslose eine erschöpfende Aussprache; es ist jedenfalls nicht angängig, wenn gleichzeitig Garnisondienstpflichtige reklamieren und Aufstellungen des übrigen Personals vorgenommen werden; außerdem ist vor endlosen Reklamationen zu warnen, da hierdurch Arbeitslose am Ort geschaffen werden können. Mit dem Wunsche, den Vorstand stets von einschlägigen Fällen vorerwähnter Natur zu benachrichtigen, fand die Versammlung ihren Abschluß. — Am zweiten Weihnachtstage hatten sich die Kollegen zu einem Frühstücken mit Ehrung der Kollegen Johann Gündling, Michael Körl, Alfred Klingler, Karl Matheis, Otto Müller und Rudolf Zimmermann zusammengefunden. Außer den Vorgenannten waren noch die Kollegen Adam Gerlach und Hans Semmerich zu Ehren; da sich diese aber zur Zeit beim Militär befinden, sind deren Sublären bis nach Beendigung des Kriegs zurückgestellt. Der Zufall wollte es, daß beide amwandel waren. Saffte die Feier durch Anwesenheit vieler Feldgrauer Kollegen einen kriegerischen Anstrich. So war auch die ganze Stimmung infolge des Kriegs nicht wie bei früheren derartigen Anlässen, obwohl die Veranstaltung harmonisch verlief. Zu erwähnen müßten, nach die sehr zahlreiche aus dem Feld eingetroffenen Weihnachtsgrüße und Neujahrswünsche und ganz besonders ein vom Kollegen Franz Miller verfaßtes sehr stimmungsvolles Gedicht. Sie alle mögen hierdurch ihre ebenso herzliche Erwiderung finden.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Dskar Hosang (Ballentfeld), Richard Schumann (Berlin-Neubabelsberg), Philipp Blasius (Frankfurt a. M.), Joseph Ohmann (Wachwig) und Georg Bernowitsch (Schweidnitz i. Schl.). Damit haben bis jetzt 1199 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Buchdrucker als Stadtverordnete. In Duisburg wurde der Kollege Schoch auf die Dauer von sechs Jahren als Stadtverordneter gewählt.

Lehrling und Veknapp. In einem norddeutschen Küstenstädtchen geriet kürzlich ein Buchdruckerlehrling hinter den Veknapp seiner Meisterin und konnte es sich in Anbetracht sonstiger mehr magerer Lebensverhältnisse nicht versagen, die günstige Gelegenheit in ausgiebiger Weise zu nützen. Da kommt auf einmal die Meisterin dazu, nimmt ihn beim Schopf, haut ihn durch, übergibt ihn dem hinzueitenden Meister, dieser prügelt den Lebling nochmals durch und wirft ihn überdies noch Knall und Fall zum Saue hinaus. Da der Lebling am Orte fremd war, mußte sich die Polizei seiner annehmen. Sie machte dem schlaf fertigen Meisterpaar begreiflich, daß ein paar Finger voll abgekochtes Schweinefleisch noch lange kein Entlassungsgrund seien; worauf der Lebling wieder in den Sunfkempel aufgenommen wurde. Sedenfalls dürfte bei diesem Meister der Leblingsmangel weniger groß sein, sonst hätte er sich wohl in etwas anfändigerer Weise Respekt vor dem Schmalztopf seiner besseren Hälfte zu verschaffen gesucht.

Reichsvereinsgesetz und Gewerkschaften. Am 18. Januar machte der Ministerialdirektor Lewald im Reichstages bekannt, daß der Bundesrat einem Gesetzentwurf zugestimmt habe, der es für die Zukunft ausschließt, daß die Gewerkschaften weiterhin als politische Vereine behandelt werden. Es soll damit die Schranke für die Tätigkeit der Gewerkschaften beseitigt werden. Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die von der Regierung in der Regel auf offiziellen Mitteilungen beruht werden, erläutern diese Erklärung des Ministerialdirektors Lewald u. a. noch in (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 9 — Leipzig, den 22. Januar 1916

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

folgender Weise: „Bei der angekünftigen Änderung des Reichsvertrages geht die Absicht der Reichsregierung nicht dahin, allein die Gewerkschaften, soweit ihre wirtschaftliche Befähigung und ihr Wirken auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege in Betracht kommt, von der Unterstellung unter die politischen Vereine zu befreien; vielmehr soll daselbe bezüglich der entsprechenden Vereinigungen der Arbeitgeber der Fall sein. Dadurch sollen die Vereinigungen der Arbeiter und der Arbeitgeber völlig paritätisch in der bevorstehenden Vorlage an den Reichstag behandelt werden. Weiter handelt es sich bei diesem gesetzgeberischen Plane keineswegs um einen Bruch mit dem Grundsatze, daß während des Krieges die Friedensgesetzgebung ruhen soll, denn die Befreiung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände von den besonderen Bestimmungen des Vereinsgesetzes über politische Vereine bezweckt, diesen Vereinigungen die Kriegsfürsorgefähigkeit zu erleichtern und die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche ihnen bei der Befähigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen die erwünschten gesetzlichen Bestimmungen bisher bereitet.“ Da der in Frage kommende Gesetzesentwurf erst noch dem Reichstage vorgelegt werden muß, und dieser sich jedenfalls das Recht nicht nehmen lassen wird, unbedingt nötige Änderungen oder Verbesserungen an dem Regierungsentwurf vorzunehmen, so erübrigen sich vorläufig weitere Worte zu dieser Sache. Sedenfalls handelt es sich hier nur insofern um die Aussicht auf einen Fortschritt, als dadurch ein altes Anrecht gegenüber den wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen aus der Welt geschafft wird, von dem bisher die Unternehmerorganisationen in der Hauptsache verschont geblieben sind.

Julius Saupé, der Verbandsvorsitzende der Kupferschmiede. Einen herben Verlust hat der Verband der Kupferschmiede Deutschlands durch den Tod seines ersten Vorsitzenden und Redakteurs des Fachorgans „Der Kupferschmied“ erlitten. Als Mitgestalter der Gesellenbrüderschaft in Hamburg hat der Verstorbenen in den achtziger Jahren es verstanden, alle damals noch vorhandenen Brüderschaften zu einem 1885 abzuhaltenden Kongress nach Leipzig zusammenzubringen, wo dann die Gründung der Organisation der Kupferschmiede beschlossen wurde. Welche außerordentlichen Verdienste der Verstorbenen sich um die Organisation der Kupferschmiede erworben hat, geht am besten daraus hervor, daß diese ihn 1907 zu ihrem ersten Vorsitzenden und Redakteur bestimmte. In dieser Eigenschaft hat er zum 25. Verbandsjubiläum eine Geschichte des Verbandes verfaßt, die auch sein Wirken für die Organisation der Kupferschmiede widerspiegelt. In Hamburg und später in Magdeburg hat er alle Prüfungen eines in der Arbeiterbewegung stehenden Mannes durchlaufen müssen. Aus Hamburg ausgewiesen, verließ sich ihm auch bald in Magdeburg ein Arbeitsplatz nach dem andern, so daß er sein Brot sich kümmerlich als Reisender suchen mußte, bis ihn die Organisation an ihre Spitze rief. Nach Berlin übergesiedelt, hat er es verstanden, sich allgemeinen Vertrauen zu erwerben. Seine unermüdete Arbeitskraft ist von großem Einfluß auf die Entwicklung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands gewesen.

Selbstkostenpreis und Reingewinn. Der Konkurrenzkampf hatte in den letzten Jahren eine Anzahl Geschäfte, besonders in der Konfektions- und der Schuhwarenbranche, entstehen lassen, die in ihren Anknüpfungen besonders damit Reklame machten, daß sie behaupteten, sie verkauften ihre Waren zum Selbstkostenpreise zuzüglich 10 Proz. Es ist einleuchtend, daß die meisten Käufer bei einer solchen Anknüpfung glauben mußten, die 10 Proz. seien zur Befreiung der Geschäftsinhaber und entfielen auch den Geschäftsgewinn des Inhabers. Dem ist jedoch nicht so, sondern der Selbstkostenpreis ist der Einkaufspreis der Ware zuzüglich Fracht und Handlungsunkosten, die weiter in der Anknüpfung genannten 10 Proz. Zuschlag aber der Reingewinn des Inhabers. Jetzt hat nun, wie das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nummer vom 18. Dezember mittelt, das Reichsgericht in einer Klagesache (Aktenzeichen II 267/5) entschieden, daß die Anknüpfung „Selbstkostenpreis plus 10 Proz.“ zu unterlassen ist, wenn in der Anknüpfung nicht angegeben wird, daß der Zuschlag von 10 Proz. den Reingewinn der Firma darstelle.

Russische Kriegsgewinne und ihre Folgen. Der bekannte russische Volkswirtschaftler Eugen Baranowsky sieht sich kürzlich mit den Gegnern eines Gesetzes zur Besteuerung der Kriegsgewinne auseinander. In seinen diesbezüglichen Ausführungen teilt er einige interessante Ziffern von Kriegsgewinnen mit, die zeigen, wie abnorm sich überall während des Krieges die Vermögens- und Einkommensverhältnisse gestalten. Während die große Masse des Volkes immer mehr verarmt, steigen die Profite einer verhältnismäßig kleinen Gruppe ins Unermeßliche. In 19 großen Maschinenbauunternehmungen in Rußland hat sich der Profit im Jahre 1914 gegen das Jahr 1913 um 60 Proz. vergrößert. „Trotz der großen Störungen in unserm industriellen Leben — schreibt Eugen Baranowsky —, trotz des Mangels an Arbeitskräften und ungeachtet der hohen Preise des Heizmaterials und vieler anderer notwendiger Produktionsmittel ist der Profit unserer mechanischen Betriebe dank der noch größeren Preiserhöhung der hergestellten Produkte nicht nur

nicht gesunken, sondern außerordentlich gestiegen.“ Der größte russische Betrieb auf dem Gebiete der Gummiindustrie, das sogenannte „Dreieck“, hat im Jahre 1914 gegen 1913 einen Gewinnzuwachs von ungefähr 3 Millionen Rubel erzielt. In anderen kleineren Unternehmungen auf andern Industriegebieten ist ein dreis- und vierfacher Gewinnzuwachs gegen das vorige Geschäftsjahr zu konstatieren. So hat z. B. auf dem Gebiete der Glasindustrie der Großbetrieb der Gebrüder Demidow einen Profitzuwachs von 532000 Rubel und der Betrieb der Fabrikatschyn einen Gewinn von ungefähr einer halben Million Rubel erzielt. Dann muß noch in Betracht gezogen werden, daß alle diese Profiterhöhungen sich auf das Jahr 1914 beziehen, als die Preise nicht in diesem rasenden Tempo wie im Jahre 1915 in die Höhe schritten, und daß folglich das Jahr 1915 den Industriefirmen eine noch ergiebigeren Ernte in den Schöpfung warf. Aber die Sonne des Goldes, die infolge des Krieges den russischen industriellen Kreisen plötzlich aufleuchtete, hat ihren unzertrennlichen Begleiter, den düsteren Schatten der Verarmung, die infolge eben desselben Krieges über die breiteren Schichten des Volkes gekommen ist. Der Krieg fordert immer mehr Geld und folglich mehr Steuern, und da die breiten Massen zahlungsunfähig sind, so sah sich das russische Finanzministerium genötigt, eine Besteuerung der Kriegsgewinne vorzunehmen. Vieles Proletat, das gegen die empfindlichen Taschen der Industriefirmen gerichtet ist, hat deren Gemüt mit großer Beforgnis erfüllt. So wendet das Organ der russischen Industriefirmen, das „Industrie- und Handelsblatt“, gegen dieses Gesetzesprojekt ein, daß eine Besteuerung der Kriegsgewinne auf die Unterhaltungsstufe der Industriefirmen eine hemmende Wirkung ausüben würde. Eugen Baranowsky nun bemerkt dazu folgendes: „Der Preis der Waren wird von dem gegenseitigen Verhältnis des Angebotes und der Nachfrage bestimmt. Wenn nun die Regierung aus dem Wege einer entsprechenden Besteuerung den Kriegsgewinnzuwachs, sagen wir, auf das Doppelte verkürzt, so kann dies unmöglich zu einer Verknüpfung der Produktion führen, weil das industrielle Kapital nach wie vor nach irgendeiner Verwendung streben, und weil der nach Abzug der Steuern übrigbleibende Gewinn noch immer hoch genug sein wird, um die Unternehmer anzuspornen.“

Lebensmittelfeuerung in der Schweiz. Die Liga für Verbilligung der Lebenshaltung in der Schweiz hat, infolge der Preissteigerungen der schweizerischen Konsumvereine, die Kosten für den Lebensmittelfeuerung ihrer fünfköpfigen Normalfamilie (zwei Erwachsene und drei Kinder unter zehn Jahren) berechnet. Die herausgearbeitete Gegenüberstellung der Preise, wie sie Dezember 1915 und wie sie Juni 1914 galten, ergeben eine um 26 Proz. erhöhte Preisgestaltung. Seit September 1915 allein betrug die Erhöhung 4,7 Proz. Bei Grundbedeutung des durchschnittlichen Bedarfs der zuvor angegebenen Normalfamilie entwickelte sich die Preissteigerung folgendermaßen:

Kosten für:	Jan.	September	Dezember
	1914	1915	1915
Milch und Milchprodukte	330,92	355,78	300,99
Fette und Öle	40,55	50,45	53,65
Zerealien (Brot usw.)	215,19	296,95	295,57
Hilfsfrüchte	9,50	15,31	12,40
Fleisch	199,28	245,77	245,52
Eier	40,—	60,—	76,—
Kartoffeln	35,—	30,—	40,—
Zucker und Honig	33,08	45,41	52,05
Diverse Nahrungsmittel	36,44	38,50	38,64
Totalkosten für Lebensmittel	939,96	1138,17	1194,77

Rechnet man hierzu die diversen Bedarfsartikel, die Juni 1914 auf 98,67 Fr., im September 1915 auf 117,38 Fr. und Dezember 1915 auf 120,40 Fr. berechnet wurden, so ergibt sich für den Gesamtfamilienverbrauch im ersten Fall 1038,63 Fr., im zweiten 1255,55 Fr., im dritten 1315,17 Fr. Die Lebenskosten sind nicht in allen Kantonen gleich. Am höchsten sind sie in Graubünden, am niedrigsten in der Urschweiz. Die Kantone, die von der Teuerung am schwersten betroffen sind, sind Freiburg und Genéve; hier macht sie mehr als ein Drittel aus. In Prozenten ausgedrückt verteuerten sich die Preise für Milch um 18,4 Proz., für Fleisch um 17 Proz., für Eier um 13,2 Proz., für Kartoffeln um 1,8 Proz., für Fette um 4 Proz., für Hilfsfrüchte um 2,6 Proz., für Zucker um 5,1 Proz. und für Zerealien und Brot um 28 Proz., wofür letztere nicht nur absolut die höchste Preissteigerung ist, sondern auch die am schwersten zu tragende.

Arbeiterlohn und Kriegsindustrie in Italien. Der Sekretär des italienischen Gewerkschaftsrates spricht sich nach dem „Avanti!“ bitter über den gänzlichen Mangel an Entgegenkommen aus, den die Regierung allen eindringlichen Vorstellungen gegenüber bewies, die die Gewerkschaften seit einem Jahr immer wieder erheben. Die ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Arbeiterlohn sind immer noch sehr ernste und niederdrückende. Das gänzliche Verlangen der Behörden gegenüber dem Arbeitslosenproblem erweckt frühe Aussichten. Rigola meint, daß die Regierung sich ein Beispiel an Frankreich und England, ja sogar an Deutschland nehmen könne. Was nun zur Organisation der Kriegsindustrie von Seiten der

Regierung geschehen ist, läuft allen von den Gewerkschaften gemachten Vorschlägen entgegen. Es sind sieben Kommissionen gegründet worden mit dem Sitz in Turin, Mailand, Genoa, Bologna, Rom, Neapel und Palermo, die in den einzelnen Provinzen die Mobilisation der Industrie zu leiten haben. Der Kommission steht ein hoher königlicher Beamter vor, ist aus zwei Technikern, zwei Industrievertretern und zwei Arbeitervertretern zusammengesetzt, die beiden letzteren haben nur beratende Stimme. Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt von Seiten der Regierung. Die Kommissionen haben die Kontrolle über die „Hilfsindustrie“ genannte Produktion aller zum Seeres- und Kriegsbedarf notwendigen Gegenstände. Die „Hilfsindustrie“ steht unter Ausnahmeregeln. Alle jetzt bestehenden Kontrakte werden bis drei Monate nach Kriegsschluss als bindend betrachtet. Die Arbeiter stehen unter der Militärgerichtsbarkeit. Ausstände oder Kündigung von Seiten der Arbeiterlohn sind verboten. Der Übergang eines Arbeiters in eine andre Kriegsindustrie darf nur mit Genehmigung der Kommission stattfinden. Rigola hofft, daß bei dem langsamen Wege, den solche Einrichtungen bis zu ihrer endgültigen Inkraftsetzung zu nehmen müssen, doch noch Gelegenheit kommen wird, den Einfluß der Gewerkschaften wenigstens auf die Zusammenlegung der Kommissionen geltend zu machen.

Gestorben.

In Berlin am 5. Januar der Seherinvalide Gustav Eiselebeck aus Schmiedel, 52 Jahre alt — Epilepsieerkrankung; am 6. Januar der Drucker Karl Muffere aus Stuttgart, 36 Jahre alt — Lungenleiden; an demselben Tage der Seher Mar Böhme aus Kitzil, 52 Jahre alt — Herzschlag; am 8. Januar der Drucker Otto Eicher aus Kitzil, 46 Jahre alt — Lungenentzündung; an demselben Tage der Seherinvalide Mar Gähne aus Berlin, 46 Jahre alt — Lungenüberkühlung.

In Bräun am 9. Januar der Seher August Hüffer, 23 Jahre alt.

In Frankfurt a. M. am 2. Januar der Druckerinvalide Friedrich Eichholz aus Neuberech, 35 Jahre alt — Lungenüberkühlung; an demselben Tage der Seher Ludwig Fischer aus Oriesheim a. M., 45 Jahre alt — Lungenüberkühlung.

In Leipzig am 8. Januar der Seher Otto Marx aus Leipzig, 41 Jahre alt — Weilvergiftung; am 14. Januar der Seher Gustav Jander aus Pörschau bei Burg, 23 Jahre alt — Lungenleiden; am 15. Januar der Seher Hermann Quaschnick aus Leipzig-Connewitz, 56 Jahre alt — Lungenentzündung; am 16. Januar der Maschinenseher Albert Krahl aus Leipzig-Sellerhausen, 47 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Menden am 14. Januar der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Büchelmann, 63 Jahre alt.

In Wien am 2. Januar der Seher Joseph Mayer, 57 Jahre alt; am 9. Januar der Seher Ignaz Roubicek, 37 Jahre alt.

Briefkasten.

G. A. in St., S. L. in S., S. St. in Dr., C. M. in Fr.: Wir danken für fröh. Angaben und Auskünfte. — S. G. in M.: Ihre dankenswerten Bemühungen haben nun Klarheit geschafft; sind Ihnen sehr verbunden. — M. Str. in W.: 1. Das sind allerdings andre Stürme, wie man sie als Binnenländer erleben kann. 2. Munich wird selbstverständlich gern erfüllt. 3. Widmung hat uns außerordentlich erfreut. Dank und Segensgruß! — W. G. in Würzburg: Auch ein Ausbruch der schweren Not der Zeit. Carlsbad ist dagegen nichts zu machen. War uns bereits bekannt. — C. M. aus Hannover: Anerkennung wurde an die richtige Stelle weitergegeben. — F. Tr. aus Halberstadt: Aber Lebenszeichen sind freilich. Frd. Wünsche und Grüße werden bestens erwidert. Weiter Glück und Heil! — E. Sch. in Dresden: Ihre Befestigung ist vorgemerkt. — C. B. in Berlin: 1,10 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II.
Fernsprecher: Almt Kurwürst, Nr. 1191.

Leipzig. Die Seher Rudolf Berdel, geb. in Leipzig-Plagwitz 1896, ausgl. in Leipzig 1914; Bruno Böttcher, geb. in Würzen 1893, ausgl. in Leipzig 1911; Otto Engemann, geb. in Großschöder 1887, ausgl. in Leipzig 1905; Mar Geisenhainer, geb. in Bürgel 1895, ausgl. in Leipzig 1913; Otho Kasper, geb. in Sarnow 1891, ausgl. das. 1909; Kurt Köstlich, geb. in Leipzig-Sellerhausen 1896, ausgl. in Leipzig 1914; Alfred Kunze, geb. in Leipzig-Gohlis 1896, ausgl. in Leipzig 1914; Hermann Redmann, geb. in Oranienburg 1888, ausgl. das. 1906; Mar Schild, geb. in Leipzig-Neuditz 1895, ausgl. in Leipzig 1913; Richard Schneider, geb. in Lausitz 1887, ausgl. in Zwenkau 1906; Richard Wöhrke, geb. in Magdeburg 1897, ausgl. das. 1915; Sieber Paul Eckhardt, geb. in Leipzig-Sellerhausen 1866, ausgl. in Leipzig 1884; Stempelmeister Richard Kahl, geb. in

Schönefeld 1891, ausgel. in Leipzig 1909; Graveur Willk Weismann, geb. in Leipzig 1889, ausgel. da. 1908, werden aufgefördert, sich innerhalb 14 Tagen im Vereinsbureau zu melden. Diejenigen Kollegen, welche über den Aufnahmefall der vorstehend Aufgerufenen etwas mitteilen können, werden gebeten, Mitteilung an die Gewerwaltung Leipzig, Brüderstraße 9 II, gelangen zu lassen.

Bezirk Mülser i. W. Die verehrl. Vertrauensleute werden um Angabe der Adresse des Seher Bernhard Beck, wohnt in Haltern, vorher in Wesel, an G. Weckesser, Meppener Straße 23, höflichst ersucht.

Adressenveränderungen.

Ansbach. Vorsitzender: Chr. Hannes, Nürnberger Straße 33.

Neustrelitz (Ort). Vorsitzender: Max Bremer, Luisenstraße 22.

Rüstringen-Wilhelmshaven. Vorsitzender: A. Schuchmann, Rüstringen, Grenzstraße 34; Kassierer: Fr. Lübke, Rüstringen, Siebethsbürger Straße 9 I r.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Berlin die Seher 1. Ernst Klawohn, geb. in Charlottenburg 1897, ausgel. in Wilmersdorf 1915; 2. Arthur Köhler, geb. in Rülfi (Schweiz) 1897, ausgel. da. 1915; 3. Georg Müller, geb. in Berlin 1897; 4. Richard Probst, geb. in Boldiß 1897, ausgel. in Selbungen 1915; 5. Paul Schulze, geb. in Luckenwalde 1897, ausgel. da. 1915; die Drucker 6. Anton Czer-

niowski, geb. in Markchau. 1883, ausgel. da. 1905; 7. Georg Schildt, geb. in Berlin 1897, ausgel. da. 1915; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 8. Wilhelm Albrecht, geb. in Berlin 1888, ausgel. da. 1906; 9. Max Neumann, geb. in Berlin 1894, ausgel. da. 1912; 10. Paul Nowak, geb. in Offendorf 1877, ausgel. in Gr.-Warleben 1896; 11. Max Rau, geb. in Schwiebus 1877, ausgel. da. 1895; 12. Georg Schmidt, geb. in Rixdorf 1889, ausgel. in Berlin 1907; 13. Emil Steinhilber, geb. in Berlin 1859, ausgel. da. 1878; die Drucker 14. Reinhold Hermann, geb. in Berlin 1885, ausgel. da. 1903; 15. Albert Hilgendorf, geb. in Berlin 1869, ausgel. da. 1888; 16. Willibald Müller, geb. in Berlin 1880, ausgel. da. 1901; 17. Max Steinfurth, geb. in Stralsund 1861, ausgel. da. 1879; 18. Arthur Böhler, geb. in Rixdorf 1896, ausgel. in Berlin 1914; 19. der Schweizerdegen Anton Gladki, geb. in Lubach 1891, ausgel. in Witkowo 1911; waren schon Mitglieder. — Albert Majlani in Berlin SO 16, Engelhorn 14/15.

Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher 1. Kaspar Joseph Jungblut, geb. in Baals (Holland) 1889, ausgel. in Blerenheide (Limburg, Holland) 1907; war noch nicht Mitglied; 2. Richard Klaus Nieder, geb. in Trier (Mosel) 1895, ausgel. in Reddinghausen-Süd 1913; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Im Gau An der Saale der Seher Robert Borgward, geb. in Braunschweig 1887, ausgel. da. 1907; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.

In Wien der Seher Anton Kern, geb. in Illertissen 1872, ausgel. in Kempten (Bayern) 1889; war schon Mitglied. — Franz Lagler in Wien, Seidengasse 17.

Veranstaltungskalender.

Dresden. Außerordentliche Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 11 Uhr, in den „Unionstischen“, Reufelstraße 51.

— Schriftfeger, Stereotypen- u. Galvanoplastiker. Generalversammlung Sonntag, 30. Januar, nachmittags 1 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 22).

Burg b. M. Versammlung heute Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Frankfurt a. M. Maschinenseher-Generalsversammlung Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Sempfbrau“, Am Eiseren Steg.

Samburg-Allona. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Stassfurt. Maschinenseher-Hauptversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant S. Sommer, Graben 52/54.

Plauen i. V. Jahreshauptversammlung Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Porzheim. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal „Zum Braubausausgang“.

Rostock. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Philharmonie“.

Schweidnitz (Schles.). Generalversammlung heute Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im „Weißen Löwen“, Breslauer Straße 44.

Stuttgart. Maschinenseher-Generalsversammlung (Gau Württemberg) Sonntag, den 13. Februar, im „Gewerkschaftshaus“. Anträge bis spätestens 5. Februar an den Vorsitzenden.

— Versammlung Sonntag, 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Ehinger Straße 17.

Ulm-Neuim. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Päpsterischen Hof“.

Wiesbaden. Versammlung heute Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

— Bezirksjahresversammlung Sonntag, den 13. Februar, im „Gewerkschaftshaus“. Anträge an den Vorsitzenden.

Wismar. Generalversammlung heute Sonnabend, 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Mallhalle“.

Zwickau. Generalversammlung Sonnabend, den 29. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Belvedere“.

Tüchtige Schriftfeger für Tabellenfabrik Buchdruckmaschinenmeister

möglichst militärfrei, in dauernde Stellung gesucht. Eventuell Reisevergütung. M. Struchen, Buchdruckerei und Verlag, Düsseldorf 17. [346]

Monotypeseher

sucht sofort Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [318]

Monotypeseher

für D-Laster in dauernde, gutbezahlte Stellung sofort gesucht. [328] E. Gundlach, Aktiengesellschaft, Bielefeld.

Tüchtige Maschinenmeister

sucht Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [318]

Tüchtige Maschinenmeister

finden dauernde Stellung bei hohem Verdienst. [331] Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Schriftfeger

militärfrei, auch Kriegsbeschädigter, in allen Schriftarten erfahren, sucht sofort oder später [343] Buchdruckerei Max Scheel, Querfurt.

Zwei Schriftfeger

für Werk- und Zeiltschrift zu sofort oder bald gesucht. August Preuß, Köthen i. Anh. [351]

Akzidenzseher

für erste Stelle, [351]

Maschinenmeister Buchbinder

werden bei hohem Lohn sofort gesucht. Karl Kaestner, Buchdruckerei, Eisenach. [351]

Typographseher

(A) in dauernde Stellung gesucht. [344] Sarzer Buchdruckerei, Thale a. Harz.

Maschinenmeister

für dauernde Stellung bei hohem und Kriegsleistungszulage gesucht. [290] Siebheit & Thiesen, Berlin C 19, Niederwallstraße 15.

Buchdruckmaschinenmeister

und

Monotypeseher

für Werk sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote an [329] Albert Schulze, Köthig (Bezirk Bitterfeld).

Tüchtiger, selbständig arbeitender Maschinenmeister

mit der Zweitourneurmaschine „Mindsbraut“ sowie Selbstanlegeapparat Klein & Angerer vollkommen vertraut, für feinsten Illustrations-, Drei- und Vierfarbendruck usw. gegen hohen Lohn gesucht von Arey & Sommerlad, Niederfeld bei Dresden. [353]

Maschinenmeister

militärfrei, weil neutral, sucht sofort in Groß-Berlin Stellung. Reisende Stellung bevorzugt. Offerten an [353] S. Fischer, Berlin-Weißensee, Charlottenburger Straße 61 I.

Maschinenmeister

für alle Arbeiten gesucht. Offerten mit näheren Angaben erbittet [354] Fr. Diez, Düsseldorf.

Tüchtiger, militärfreier Rotationsmaschinenmeister

für 6- u. 8stellige Frankent. Rotationsmasch. sowie ein Stereotypen sofort gesucht. [354] „Kurjer Bogzanski“, Pofen O 1, St. Martin 63.

Rotationsmaschinenmeister

und

Stereotypen

zum 24. Januar in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht. [354] Ernst Marks, Wilhelm-Ruh.

Korrektor und Revisor **Georg W. Gauditz aus Hannover** wo steht Du? Oder kann mir einer der Herren Kollegen seine Adresse mitteilen? Anhalten vergütet. C. Burghardt, Korrektor, Berlin O 12, Kronprinzstraße 21 I.

Schweizerdegen

selbständig an Schnellpresse und Ziegel oder Ziegel allein, in dauernde und gute Stellung nach Westfalen gesucht. Zeugnisabschriften und Lohnangabe unter Nr. 356 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [346]

Werkzeuge für Ton- und Plattenchnitt, Seher-Blasen empfiehlt A. Siegl, München 7.



Teilzahlung.

Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstecher, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.

Kataloge, gratis und franco liefern. Berlin A. 407. **Sonak & Co.,** Belle-Alliance-Str. 7/10.

Nach kurzem Krankenlager verschied unser lieber Kollege, der Seher [349]

Hermann Quasdorf

im Alter von 57 Jahren. Sein Andenken halten in Ehren Die Kollegen der Firma Bär & Hermann, Leipzig. [349]

Am 15. Januar verstarb plötzlich und unerwartet im Großen Hauptquartier nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenseher [350]

Georg Mücke

aus Neuhöfen, im Alter von 41 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Maschinenseher der Firma Aug. Scherl, G. m. b. H., Berlin. [350]

Mit rauher Hand greift der Krieg in die Reihen unserer künftigen Mitglieder. Liebweg müssen wir heute den Verlust eines unserer Besten melden. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel unser treuer Kollege, der Seher [355]

Adolf Bogler.

Als Begründer der Typographischen Vereinigung Leipzig hat er viele Jahre lang dem Vorstande derselben angehört und dann seit mehreren Jahren das Amt des Schriftführers im Vorstande des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften übernommen, bis er im Mai vorigen Jahres zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Seine Eingabe an unsre idealen Bestrebungen, seine Arbeit und sein Bemühen werden uns unvergänglich bleiben. Er war ein Mann mit guten Charaktereigenschaften, ein lieber Mensch, für alles Gute und Schöne begeistert. Nun ruht er in fremder Erde. Sein Andenken wird nicht erlöschen. Leipzig, den 20. Januar 1916.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Die Typographische Vereinigung Leipzig.

In seiner Heimat, Burg bei Magdeburg, wo er im Elternhause [348]

Gustav Zander

im Alter von 24 Jahren. Sein ehrlicher Charakter und kollegiales Wesen sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. Brüssel, im Januar 1916.

Die deutsche Kollegenchaft des „Belgischen Kuriers“.